

Arbeitspapier/Dokumentation

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 29/2001
Mark C. Fischer / Burkard Steppacher

Der Europäische Rat von Göteborg

Sankt Augustin, Juni 2001

Ansprechpartner: Dr. Peter Weilemann
Leiter der Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit I
Telefon: 0 22 41/246-2 46-2 16
E-Mail: peter.weilemann@kas.de

Dr. Burkard Steppacher
Abt. Planung und Grundsatzfragen, Leiter Europaforschung
Telefon: 0 22 41/2 46-2 32
E-Mail: burkard.steppacher@kas.de

Mark C. Fischer
Mitarbeiter des Europabüros Brüssel
Telefon: 0 03 22/7 43 07 46
E-Mail: konradbe@pophost.eunet.be

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Die Tagung des Europäischen Rates in Göteborg war mit einer reichen Agenda befrachtet. Das die schwedische EU-Präsidentschaft abschließende Gipfeltreffen stand europapolitisch im Zeichen der „drei E’s“ (Erweiterung, Beschäftigung und Umwelt, auf englisch: Enlargement, Employment, Environment), mit denen die schwedische Regierung als junges EU-Mitglied ihr erstes Präsidentschafts-Halbjahr strukturiert hatte. Wie so oft stand der EU-Gipfel aber auch diesmal wieder im Schatten anderer aktueller Ereignisse: seien es positive wie die Gastauftritte internationaler Prominenz, diesmal die Begegnung mit US-Präsident George W. Bush, seien es negative wie das irischen Nein zum Nizza-Vertrag oder gar ganz konkrete, düstere Brandwolken wie die Ausschreitungen in der Göteborger Innenstadt, die den Ablauf des Gipfels nicht unwesentlich überschatteten.

Neben diesen aktuellen Schlagzeilen dürfte die Tagung des Europäischen Rates in Göteborg vor allem wegen der kontinuierlichen Verfolgung der EU-Erweiterung und der erstmaligen Nennung eines konkreten Beitrittsziel von längerfristiger Bedeutung sein. Als Defizit muß festgehalten werden, daß alle weiterführenden Fragen („Zukunft der EU“) weitestgehend vertagt wurden. Somit müssen die hohen Erwartungen auf die belgische EU-Präsidentschaft übertragen werden.

Europa – geeint oder fragmentiert?

Der Europäische Rat von Göteborg hinterläßt einen zwiespältigen Eindruck. Zum einen wurde mit der Bestimmung des lange geforderten Fahrplans für die Beitritte der Kandidatenstaaten – gegen den Widerstand der deutschen und österreichischen Regierung – ein durchaus ermutigendes Signal für die anstehende Vereinigung Europas gegeben. Dementsprechend zufrieden äußerten sich auch die mittel- und osteuropäischen Staats- und Regierungschefs, die mit ihren Kollegen aus den derzeitigen EU-Mitgliedstaaten zusammengetroffen waren, um ein solches Signal einzufordern. Auch die schwedische Ratspräsidentschaft, die sich den Fortschritt in den komplizierten Erweiterungsverhandlungen bei der Präsentation ihres Arbeitsprogramms auf die Fahne geschrieben hatte, konnte in Person des Premierministers Göran Persson ihre Genugtuung kaum verbergen. Schließlich übernahm der Europäische Rat in seinen Schlußfolgerungen die Formulierung des schwedischen Vorschlags fast verbatim.

Zum anderen werden sich jedoch auch die Bilder von schwer gepanzerten Polizeikräften, die gegen Mengen von gewaltbereiten Demonstranten von der Schußwaffe Gebrauch machen, in das Gedächtnis einbrennen. Diese gewalttätigen Auseinandersetzungen, über die sich sowohl die Gipfelteilnehmer als auch die große Menge der friedfertigen „Anti-Globalisierungs-Demonstranten“ entsetzt und angewidert äußerten, scheinen immer mehr

zur traurigen, aber gewohnten Begleiterscheinung von politischen Konsultationen auf internationaler Ebene zu werden. Vor dem Hintergrund des irischen Referendums über den Vertrag von Nizza muß sich die Europäische Union jedoch der Tatsache stellen, daß die Demonstrationen in Göteborg auch ein Ausdruck der sich gerade auf EU-Ebene vertiefenden Kluft zwischen den Regierenden und den Regierten sind.

Um die im Rahmen der Erweiterung anstehenden Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, ist die Union jedoch unbedingt auf eine möglichst breite Unterstützung durch die Bevölkerung in den Mitgliedstaaten sowie in den Kandidatenstaaten angewiesen. Angesichts fallender Zustimmungsraten auch in den mittel- und osteuropäischen Staaten waren sich die Regierungschefs einig, daß die Transparenz und die demokratische Legitimation der Institutionen und Entscheidungsprozesse in Brüssel unbedingt zu verbessern sei. Ob diese Ankündigungen – en detail sind noch keine Maßnahmen beschlossen worden – ausreichen, um das Image der EU nachhaltig zu verbessern, bleibt jedoch kritisch abzuwarten. Die notwendige Debatte um die „Zukunft Europas“ hat zwar an Intensität zugenommen, die entscheidende Regierungskonferenz aber findet erst im Jahre 2004 statt. Es ist fraglich, ob die europäische Politik es sich leisten kann, bis zu diesem Zeitpunkt mit den notwendigen strukturellen Veränderungen zu warten.

Wie weiter nach dem irischen Nein?

Vielfach war erwartet worden, daß der Europäische Rat von Göteborg angesichts des irischen Neins vom 7. Juni 2001 zum „Vertrag von Nizza“ eine Lösung „à la Dänemark“ präsentieren würde. (Nach dem Nein der Dänen im Jahr 1992 wurde diesen durch ein dem Maastricht-Vertrag ergänzend beigefügtes „Protokoll“ in einigen speziellen Bereichen inhaltlich soweit entgegengekommen, so daß sie ein Jahr später in einer erneuten Volksabstimmung dem Vertrag zustimmen konnten.) Doch die vor dem Treffen in Göteborg spürbare Krisenstimmung angesichts des irischen Neins wurde dort zunächst einmal durch Vertagen abgedeckt: Nach dem bußfertigen Canossa-Gang des irischen Ministerpräsidenten Ahern, der bereitwillig den „Schwarzen Peter“ übernahm („tiefe Enttäuschung“ der Regierung in Dublin über das Abstimmungsergebnis), unterstrichen die Staats- und Regierungschefs, daß der Nizza-Ratifikationsprozeß keinesfalls unterbrochen werden solle. Der Europäische Rat bekräftigte seine Bereitschaft, „die irische Regierung nach Kräften bei der Suche nach einer Lösung zu unterstützen“ (Ziff. 4 der Schlußfolgerungen).

Am Ende des Gipfeltreffens war das irische Nein fast schon beiseitegewischt. Hat irgendwer von Krise gesprochen? Anstatt nach dem irischen Nein innezuhalten, Ursachenforschung zu betreiben und vielleicht ansatzweise zur Besinnung zu kommen, wählte man erneut die Methode des „Augen zu und durch“. Eine Argumentation, die den Iren unterstellt, sie hätten

nicht so recht gewußt, worüber sie abstimmen, oder sie wären ja „eigentlich“ auch für die Erweiterung und bei einem zweiten Anlauf würden sie es schon richtig machen, verkennt aber den Grundsatz demokratischer Entscheidungsmechanismen.

Das „Nein“ zu überspielen und schönzureden, stärkt nicht die Akzeptanz des Projekts der europäischen Integration, sondern befördert im Gegenteil die latenten Befürchtungen der skeptischen Bürger – sowohl in den 15 EU-Staaten wie in den Beitrittsländern.

Zaghafte Schritte auf dem Weg zu substantiellen Reformen

Als wäre nichts geschehen, sprechen die Schlußfolgerungen von Göteborg von „ermutigenden Initiativen“ im Rahmen der „öffentlichen Debatte über die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union“, die bis zur Tagung des Europäischen Rates in Laeken (12/2001) fortgesetzt werden soll. Erst dann soll die eigentliche Vorbereitungsphase für die „Regierungskonferenz 2004“ strukturiert werden.

Das Beharren auf dem schon in Nizza präsentierten Zeitplan mit einer Regierungskonferenz im Jahr 2004 birgt aber zwei elementare Probleme:

- Nach den dürftigen Ergebnissen des Vertrages von Nizza verstreicht zweifellos zu viel Zeit, wenn man erst im Jahr 2004 eine Vertragsveränderung beschließen will. Bis die nächste, dann hoffentlich substantielle Vertragsreform in Kraft treten könnte, würden erfahrungsgemäß noch mehr als fünf Jahre ins Land ziehen.
- Darüber hinaus ist das in Nizza avisierte Datum 2004 für die Regierungskonferenz ein denkbar schlechtes Jahr, wird doch in diesem Jahr das Europäische Parlament neu gewählt und die Amtszeit der Kommission Prodi läuft dann ebenfalls aus. Um deren beider Einbindung auch in der Abschlußphase der kommenden Reform optimal sicherzustellen, sollte die Regierungskonferenz sinnvollerweise auf das Jahr 2003 vorgezogen werden und Ende 2003 abgeschlossen werden.

In jedem Fall ist bei der kommenden Reform die umfangreiche Einbeziehung der künftigen Mitgliedstaaten erforderlich. Ungeachtet des tatsächlichen Datums für das Inkrafttreten der Erweiterung könnten die künftigen EU-Mitglieder bereits heute schon informell und nach Abschluß der Beitrittverhandlungen auch offiziell an den Arbeiten beteiligt werden. Die Erfahrung zeigt: Ein Verhandeln über die Köpfe künftiger Partner hinweg verlagert nur das Aufbrechen der Probleme auf einen späteren Zeitpunkt.

EU-Erweiterung

Bemerkenswert gut vorangekommen sind im 1. Halbjahr 2001 nach einem vorübergehenden Stocken die Erweiterungsverhandlungen mit den Beitrittsbewerbern, wobei hier allerdings unterschiedlich weitreichende Fortschritte erzielt wurden: Von insgesamt 12 x 31 Verhandlungskapiteln konnten unter schwedischer Präsidentschaft weitere 58 Kapitel vorläufig abgeschlossen werden (s. Anlage). *Ungarn und Zypern* stehen mit je 22 von 31 Kapiteln am besten da, dagegen haben Rumänien und Bulgarien mit nur wenigen und nachrangigen Verhandlungskapiteln das Schlußlicht inne.

Das Bewerberfeld, das 1997 und 1999 zunächst in zwei Sechser-Gruppen an den Start gelassen wurde („Luxemburg-“ und „Helsinki“-Gruppe), hat sich nun am Ende der schwedischen EU-Präsidentschaft in drei Gruppen aufgeteilt:

1. *Ungarn, Zypern, Estland, Slowenien und Tschechien* bilden die Spitze des Feldes.
2. In einer zweiten Gruppe befinden sich mit deutlichem Abstand zur ersten Gruppe *Malta, Lettland, Litauen, Polen und die Slowakei*.
3. Die dritte Gruppe besteht wie erwähnt aus *Rumänien und Bulgarien*.

Von den Staaten der ersten Gruppe wird angenommen, daß sie – vorausgesetzt das gegenwärtige Tempo wird beibehalten – die Verhandlungen mit der EU bis Ende 2002 erfolgreich abschließen können. Dementsprechend formulieren die Schlußfolgerungen des Gipfels: „Wenn die Fortschritte im Hinblick auf die Erfüllung der Beitrittskriterien unverändert anhalten, dürfte es der Fahrplan ermöglichen, daß die Verhandlungen für die Länder, die ausreichend auf den Beitritt vorbereitet sind, bis Ende 2002 abgeschlossen werden können. Ziel ist, daß sie als Mitglieder an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 teilnehmen können.“ (Ziff. 9 der Schlußfolgerungen)

Dies ist zwar diplomatisch verhalten formuliert, letztlich aber eine großartige Perspektive für die Beitrittsbewerber. Vor allem an ihnen liegt es nun, die Verhandlungen voran und zu einem guten Ende zu bringen.

Das Beispiel Polen zeigt konkret, wie problematisch die Beitrittsverhandlungen verlaufen können, – und davor sind auch die anderen Bewerber nicht gefeit. Polen hat zwar mittlerweile 16 von 31 Verhandlungskapiteln abschließen können, jedoch liegen im Rahmen der offenen Kapitel (u.a. Landwirtschaft, Fischerei, Regional- und Strukturpolitik, Arbeitnehmerfreizügigkeit und Landerwerb) noch erhebliche Probleme auf dem Tisch. Die Probleme liegen allerdings nicht ausschließlich auf der Bewerberseite des Verhandlungstisches: Gravierende Verzögerungen ergaben sich beispielsweise aus der Tatsache, daß die EU erst einmal intern ihre 15 zum Teil stark divergierenden Positionen zu einer Stimme bündeln mußte. Und wenn „EU-Beitritt“ konkret als die „Übernahme des

acquis communautaire“ verstanden wird, sind nicht nur die Wünsche nach Ausnahmen und Übergangsfristen auf seiten der Bewerber ein Hindernis; nicht minder belastend sind die Forderungen einiger EU-Mitglieder nach bis zu siebenjährigen Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit oder der Wunsch von Mittelmeeranrainern nach Perpetuierung der bisherigen Strukturhilfen. Wenn im Falle Polens die schwachen Fortschritte des Landes und das gelegentliche Zögern der Unterhändler kritisiert werden, muß schließlich realistischerweise berücksichtigt werden, daß nicht nur Deutschland und Frankreich vor wichtigen nationalen Wahlen stehen, sondern daß sich auch Polen kurz vor entscheidenden Parlamentswahlen befindet.

Transatlantische Charme-Offensive contra sachliche Differenzen

„*Mr Bush geht nach Europa*“ titelten einige Zeitungen, in Anlehnung an den 50er Jahre Film „*Mr Smith geht nach Washington*“, anlässlich des ersten Besuches des neuen amerikanischen Präsidenten auf dem „alten Kontinent“. Das von der Presse kolportierte Bild vom naiven Provinzgouverneur mit mangelndem internationalen Verständnis konnte George W. Bush beim ersten Kontakt mit der versammelten Elite europäischer Politiker weitestgehend entkräften. Der Gipfel in Göteborg gab für beide Seiten die erste Gelegenheit, gegenseitig Maß zu nehmen. Die EU-Granden äußerten sich im Nachhinein übereinstimmend beeindruckt von der Detailkenntnis des Präsidenten – auch ohne die berühmten „Merkzettel“ wußte der neue Mann im Weißen Haus auf die Einzelheiten der transatlantischen Agenda einzugehen – und auch seine Bereitschaft, andere Standpunkte anzuhören, ohne die befürchteten unilateralen Ankündigungen zu machen, wurde positiv aufgenommen. George W. Bush ist im übrigen nicht das erste amerikanische Staatsoberhaupt, dem die europäischen Partner eine Neubewertung der politischen Statur zuteil werden lassen. Auch seine Amtsvorgänger, nicht zuletzt der später mit dem europäischen Karlspreis ausgezeichnete Bill Clinton, mußten sich vor ihrer ersten Europareise Zweifel an ihrer Trittsicherheit auf internationalem Parkett gefallen lassen. Insgesamt gewann Bush den Respekt der Europäer, indem er als konsequenter, jedoch nicht auf Konfrontation ausgelegter, Erklärer amerikanischer Politik auftrat.

Im Gegensatz zu dem Quantensprung, den die persönliche Einschätzung Bushs in Europa getan hat, sind auf dem Weg zu einer Einigung in den Sachfragen nur sehr magere Fortschritte erzielt worden. Zwar betonte man während der Treffen in Brüssel und Göteborg allerseits das unübersehbare Verbindende zwischen Europa und den USA – die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Gemeinsamkeiten sind in ihrem Ausmaß schließlich einmalig in der Welt. Der Wert von Konsultationen sollte jedoch über den

Austausch diplomatischer Artigkeiten und das Preisen der unverzichtbaren Partnerschaft hinausgehen. Der diplomatische Stil des neuen Präsidenten wurde in der Presse mit dem Diktum „*Soft Words and a Hard Line*“ beschrieben.

Raketenabwehr

Tatsächlich erläuterte Bush seine bereits bekannten Positionen, etwa zum umstrittenen Raketenabwehrschirm und dem damit thematisch verbundenen ABM-Vertrag, und hörte sich die Zweifel seiner europäischen Partner an dem Projekt an. Es blieb jedoch bei diesem reinen Austausch, Kompromißvorschläge oder gar gemeinsame Standpunkte wurden nicht diskutiert. Die europäische Seite vermochte es während des letzten halben Jahres leider nicht, eine halbwegs gemeinsame Position in dieser Frage zu koordinieren, mit dem Ergebnis, daß Italien, Spanien und Großbritannien in verschiedenen Graden Zustimmung zu einer euro-atlantischen Partnerschaft in Sachen „Missile Defence“ signalisierten, während Frankreich und Deutschland mehr oder minder skeptische Töne anschlugen.

Kyoto / Nachhaltige Entwicklung

Während Präsident Bush eine etwas vage Erklärung zur Kooperation im Hinblick auf die Problematik Klimawandel abgab und weitere finanzielle Unterstützung für die wissenschaftliche Untersuchung der Thematik versprach, konterte EU-Kommissar Chris Patten, daß Forschung und Kooperation zwar schön und gut seien, konkrete Maßnahmen aber nicht warten könnten. Die EU hingegen konnte sich zu einer Verpflichtung durchringen, das Protokoll von Kyoto möglichst bald in den Mitgliedstaaten zu ratifizieren und bis 2005 Fortschritte bei der Erreichung der in dem Abkommen genannten Ziele nachweisen zu können.

Auch der europäischen Seite muß jedoch vorgeworfen werden, sich in der Umweltpolitik in an Substanz mangelnden Ankündigungen zu ergehen. Das Schlagwort „Nachhaltige Entwicklung“ war auf dem Gipfel pressewirksam in aller Munde. Die Schlußfolgerungen des Vorsitzes fordern in ehrgeizigen Tönen eine Eingliederung des Konzeptes in den Lissabon-Prozeß, so daß sich Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik gegenseitig verstärken (Ziff. 19ff. der Schlußfolgerungen). Politisch schmerzhaft Entscheidungen, wie das Auslaufen der Förderung für Steinkohle und Tabak, eine Energiesteuer oder Gesetzesinitiativen zur Umweltverantwortung wurden jedoch mangels politischer Durchsetzungskraft aufgeschoben.

WTO-Runde / Handelsstreitigkeiten

Sowohl die europäische als auch die amerikanische Seite bekräftigten Ihr Engagement zugunsten eines erneuten Anlaufs zu einer Welthandelsrunde nach dem Mißerfolg von Seattle im Jahr 1999. Die USA haben jedoch, im Gegensatz zur EU, ihren Einfluß noch nicht darauf verwandt, diese Forderung auf die Agenda des nächsten WTO-Treffens in Qatar zu setzen. Darüber hinaus schwelen zwischen der EU und den USA weiterhin bilaterale Außenhandelskonflikte, wie z.B. der Streit um die amerikanischen Foreign Trade Companies, welche Steuerbegünstigungen im Exporthandel genießen. Das Streitvolumen beträgt in diesem Fall ca. 4 Mrd. US\$, und der potentielle Schaden für den transatlantischen Handel wird vom amerikanischen Handelsbeauftragten Robert Zoellnick – eigentlich bekannt für seine guten Beziehungen zum EU-Kommissar für Außenhandel Pascal Lamy – mit dem Wort „nuklear“ beschrieben. Eine neue innenpolitische Initiative von Präsident Bush, um die amerikanische Stahlindustrie vor billigen Importen zu schützen, birgt weiteren Zündstoff für die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Blöcken.

Auch wenn viele Streitpunkte nach Göteborg ungeklärt bleiben, ist die Basis der transatlantischen Beziehungen jedoch äußerst solide. Um die Perspektive zu wahren, sollte man sich das Bonmot von Winston Churchill vor Augen halten: *„The problem with allies is that they sometimes develop opinions of their own.“* Dieses trifft sicherlich die gegenwärtigen Entwicklungen beiderseits des Atlantiks.

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU

Im Lichte des irischen Votums über den Vertrag von Nizza, der anscheinend maßgeblich deshalb abgelehnt wurde, weil seine Implementierung als Bedrohung der geschätzten Neutralität des Landes wahrgenommen wird, erscheint es schon als Ironie, daß das ebenfalls neutrale Schweden besonders für die Fortschritte im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik gelobt wurde. Während der vergangenen Ratspräsidentschaft gelang es, den sicherheits- und verteidigungspolitischen Institutionen der EU ihre permanente Gestalt zu geben. Des weiteren wurden die planerischen Kapazitäten weiterentwickelt, und die Rolle der EU im zivilen Krisenmanagement ausgebaut. Die operationellen Fähigkeiten der Union sollen durch den Rat in Laeken, im Dezember diesen Jahres, eingeschätzt werden. Angesichts der mangelnden Investitionen im militärischen Bereich, besonders auch in Deutschland, darf man in dieser Hinsicht jedoch nicht zu optimistisch sein.

Besonderes Augenmerk richtete der Europäische Rat auf die Situation in Mazedonien. Der Hohe Beauftragte für die GASP, Javier Solana, soll weiterhin die diplomatischen

Bemühungen um eine friedliche Beilegung der Krise anführen. Um seine Arbeit zu unterstützen soll er einen Gesandten vor Ort, in Skopje, zur Seite gestellt bekommen. Während die NATO bereit scheint, sich zu einer Hilfestellung bei der Entwaffnung der albanischen Guerillas zu bekennen, steht eine weitere „Peace Keeping Mission“ auf dem Balkan zur Zeit außer Frage.

* *
 *

Verhandlungsstand am 12. Juni 2001

Verhandlungskapitel	Polen	Ungarn	Tschechien	Estland	Slowenien	Zypern
1. Freier Warenverkehr	+	+	+	+	+	+
2. Freier Personenverkehr	o	+	o	o	o	+
3. Freier Dienstleistungsverkehr	+	+	+	+	+	+
4. Freier Kapitalverkehr	o	+	+	+	+	+
5. Gesellschaftsrecht	o	+	+	+	+	+
6. Wettbewerbspolitik	o	o	o	o	o	o
7. Landwirtschaft	o	o	o	o	o	o
8. Fischerei	o	+	+	+	+	+
9. Verkehr	o	o	o	o	o	+
10. Steuern	o	+	o	o	o	o
11. WWU	+	+	+	+	+	+
12. Statistik	+	+	+	+	+	+
13. Soziales/Beschäftigung	+	+	+	+	+	+
14. Energie	o	+	o	o	+	+
15. Industriepolitik	+	+	+	+	+	+
16. Kleine und mittlere Unternehmen	+	+	+	+	+	+
17. Wissenschaft/Forschung	+	+	+	+	+	+
18. Bildung/Ausbildung	+	+	+	+	+	+
19. Telekommunikation	+	+	+	+	+	+
20. Kultur/Audiovisuelles	+	o	+	+	+	+
21. Regionalpolitik	o	o	o	o	o	o
22. Umwelt	o	+	+	+	+	o
23. Verbraucher- / Gesundheitsschutz	+	+	+	+	+	+
24. Justiz/Inneres	o	o	o	o	o	o
25. Zollunion	+	+	+	o	o	+
26. Außenbeziehungen	+	+	+	+	+	+
27. GASP	+	+	+	+	+	+
28. Finanzkontrolle	+	+	o	+	+	+
29. Haushalt	o	o	o	o	o	o
30. Institutionen	-	-	-	-	-	-
31. Verschiedenes	-	-	-	-	-	-
Kapitel geöffnet	29	29	29	29	29	29
Kapitel geschlossen	16	22	19	19	20	22

+ = Verhandlungen vorläufig abgeschlossen

o = Verhandlungen eröffnet

- = Verhandlungen noch nicht eröffnet

Verhandlungsstand am 12. Juni 2001

Verhandlungskapitel	Lettland	Litauen	Slowakei	Rumänien	Bulgarien	Malta
1. Freier Warenverkehr	+	+	+	-	0	+
2. Freier Personenverkehr	-	-	-	-	-	-
3. Freier Dienstleistungsverkehr	+	+	+	-	0	+
4. Freier Kapitalverkehr	+	+	0	-	0	0
5. Gesellschaftsrecht	+	+	+	0	+	+
6. Wettbewerbspolitik	0	0	0	0	0	0
7. Landwirtschaft	-	-	-	-	-	-
8. Fischerei	0	+	+	0	+	0
9. Verkehr	0	0	0	-	-	0
10. Steuern	0	0	-	-	-	-
11. WWU	+	+	+	-	-	+
12. Statistik	+	+	+	+	+	+
13. Soziales/Beschäftigung	+	+	+	-	-	0
14. Energie	0	-	0	-	-	+
15. Industriepolitik	+	+	+	-	-	+
16. Kleine und mittlere Unternehmen	+	+	+	+	+	+
17. Wissenschaft/Forschung	+	+	+	+	+	+
18. Bildung/Ausbildung	+	+	+	+	+	+
19. Telekommunikation	0	+	+	0	0	+
20. Kultur/Audiovisuelles	+	+	+	0	+	+
21. Regionalpolitik	0	0	0	-	-	0
22. Umwelt	0	0	0	-	-	-
23. Verbraucher- / Gesundheitsschutz	+	+	+	-	+	+
24. Justiz/Inneres	-	-	-	-	-	-
25. Zollunion	0	0	+	0	-	-
26. Außenbeziehungen	+	+	+	+	+	+
27. GASP	+	+	+	+	+	+
28. Finanzkontrolle	0	0	-	-	0	+
29. Haushalt	0	0	0	-	-	0
30. Institutionen	-	-	-	-	-	-
31. Verschiedenes	-	-	-	-	-	-
Kapitel geöffnet	26	25	24	12	16	23
Kapitel geschlossen	15	17	17	6	10	16

Quelle: Uniting Europe, No. 147, Juni 2001, S. 3f.